

Die Ameise.

Organ des Gewerkevereins der Porzellan-, Glas- u. verw. Arbeiter.

Herausgegeben unter Mitwirkung der Vereins-Vorstände und Mitglieder

vom

General-Rath.

Berlin, den 7. April 1876.

Dritter Jahrgang.

Nr. 14.

Erscheint jeden Freitag.
Vierteljährlicher Abonnementspreis für Nichtmitglieder 60 W. = 36 Kr. Oesterr. Währ.
Expedition: C. Köpcke & Co.
Alle Postanstalten u. Zeitungs-Expeditoren nehmen Bestellungen an.

Redakteur: Hugo Bolte,
C. Köpcke & Co.

Interimsgebühren für die gewöhnliche Zeile 20 W. = 12 Kr. Oesterr. Währ. — Anzeigensatz 15 W. = 9 Kr. Oesterr. Währ.

Für Zusendung v. Briefen unter Chiffre durch die Redaktion resp. Expedition werden 25 W. = 15 Kr. Oesterr. Währ. als Vergütung erhoben.

An unsere Leser

Wir bitten beim Quartalswechsel wiederholt das Ersuchen um schleunige Erneuerung des Abonnements, damit in der Zusendung keine Unterbrechung geschieht. Auch bitten wir alle Freunde, unsern Blatte neue Abonnenten im Interesse der Organisation zu gewinnen.

Probenummern gratis!

Redaktion und Expedition.

Seit 1. April 1876 ist meine Adresse

Berlin, Noßstraße 5,

Hof I. Treppe.

Bez. Schaymeister.

Die Theilnahmlosigkeit der Gebildeten an der Arbeiterfrage.

Von v. d. Goltz.

Schon wiederholt und noch kürzlich ist in dieser Zeitschrift darüber Klage geführt worden, daß die gebildeten Klassen so geringes Interesse und Verständnis für die Wünsche und Bedürfnisse des Arbeiterstandes bekunden. Daß dies in Wahrheit so sei, wird man kaum in Abrede stellen können. Allerdings beschäftigt sich ein Theil der Gebildeten jetzt viel eifriger und eingehender mit der Arbeiterfrage als dies noch vor 10 oder 20 Jahren der Fall war; aber dieser Theil besteht fast ausschließlich aus Gelehrten, Staatsbeamten oder Dienern der Religion, also aus Männern, welche außerhalb derjenigen Volksklassen stehen, die zunächst und direkt durch eine Umgestaltung der Arbeiterverhältnisse berührt werden. Für eine objektive, unparteiische Würdigung der vorliegenden Streitpunkte kann dies einerseits zwar als ein Vortheil angesehen werden; andererseits darf man aber nicht vergessen, daß jene Gruppen von Männern doch nicht alle in Betracht kommenden Verhältnisse so genau kennen wie die Beteiligten selbst und ihnen deshalb, auch wenn sie von richtigen Grundsätzen ausgehen, doch häufig die erforderliche Erfahrung fehlt, um die zur praktischen Verwirklichung ihrer Ansichten führenden Mittel und Wege mit Sicherheit angeben zu können. Die Arbeiter zählen in ihrer Mitte eine Menge von Männern und gebieten über eine große Zahl von publizistischen Organen, welche mit unermüdlichem Eifer und mit mehr oder minder großem Geschick die wirklichen oder vermeintlichen Interessen des Arbeiterstandes vertreten. Dagegen nehmen die politischen und gewerblichen Blätter, welche für die mittleren und höheren Klassen der Gesellschaft bestimmt sind und in deren Sinne redigiert werden, meist nur in ganz untergeordneter Weise Notiz von Demjenigen, was den Inhalt der Arbeiterfrage ausmacht. Daher kann es auch nicht Wunder nehmen, daß im Allgemeinen so wenig Verständnis für diesen Gegenstand vorhanden ist und daß man sich in weiteren Kreisen dem Wahne hingiebt, als werde die sociale Frage von selbst wieder von der Tagesordnung verschwinden, wenn man nur möglichst wenig von ihr rede. Die dermalige Indifferenz der Presse würde freilich aufhören, wenn in dem lesenden Publikum sich ein lebhafteres Bedürfnis nach Orientierung über die Vorgänge auf dem Gebiete des socialen Lebens geltend machte. Die Gleichgültigkeit der Presse ist wohl mehr die Folge als die Ursache der geringen Theilnahmlosigkeit des Publikums; die eigentlichen Gründe der letzteren liegen tiefer und sind an anderen Stellen zu suchen.

Schon B. A. Huber hat wiederholt über die dem Menschen angeborene magna vis inertiae geklagt, welche es verhindert, daß man sich die Zeit und Mühe nehme,

mit den socialen Aufgaben der Gegenwart sich bekannt zu machen und an deren Lösung zu arbeiten. Zur Beschönigung dieser Indolenz giebt man sich gerne dem Glauben hin, die socialen Verhältnisse werden sich nach den in der Natur der Dinge liegenden Gesetzen von selbst entwickeln; hierin einzugreifen, habe man weder den Beruf noch die Macht. Man scheut die geistige Anstrengung, welche allerdings damit verbunden ist, sich einige Klarheit über das Wesen der heutigen socialen Bewegung zu verschaffen. Ueber die politischen und kirchlichen Tagesfragen glaubt jeder Gebildete ein eigenes Urtheil zu besitzen und einen bestimmten Standpunkt den verschiedenen Parteien gegenüber einnehmen zu können; er interessiert sich dafür, unterhält sich gerne darüber und stellt an die Zeitung, welche er täglich liest, die Anforderung, daß sie ihn über dieselben fortlaufend orientire. Von den socialen Tagesfragen dagegen verstehen die meisten Gebildeten wenig oder nichts, sie haben kein Interesse für dieselben und Mittheilungen aus diesem Gebiete sind ihnen langweilig; sie befinden sich in einer ähnlichen Lage wie Jemand, dem man zumühet, ein in einer fremden Sprache geschriebenes Buch zu lesen, ohne daß er von den grammatischen Regeln dieser Sprache etwas gebietet hat. Dieser Mühe unterzieht sich so leicht Keiner; höchstens, wenn eine dringende Nothwendigkeit vorliegt oder wenn die Lektüre eines solchen Buches besonders große Annehmlichkeiten verspricht.

Das Studium der socialen Frage scheint aber den meisten Gebildeten weder nothwendig noch angenehm. Nur Wenige theilen bis jetzt die Ueberzeugung, daß die socialen Verhältnisse von gleicher Wichtigkeit für das Volkleben sind wie die politischen und kirchlichen Zustände, und daß eine Zeit kommen wird und vielleicht nicht mehr fern ist, in welcher jene die Aufmerksamkeit der Staatsmänner vorzugsweise in Anspruch nehmen werden. Viele haben zwar eine dunkle Ahnung von der Wichtigkeit dieses Saches, aber sie scheuen es, sich volle Klarheit zu verschaffen, weil die daraus sich ergebenden Folgerungen ihnen möglicher Weise unbequem sein können. Sie wissen, daß es sich bei der socialen Frage wesentlich darum handelt, die materielle Lage der unteren Volksklassen zu verbessern und sie fürchten, daß das Beschreiten dieses Weges ihnen selbst unliebsame Opfer auferlege. Deshalb suchen sie so lange als möglich die Ueberzeugung festzuhalten, daß die bestehende Ordnung der socialen Verhältnisse eine zweckmäßige, den Interessen der Gesamtheit entsprechende sei und kein berechtigtes Bedürfnis nach einer Aenderung vorliege. Auf solchem Standpunkte steht namentlich ein großer, vielleicht der größte Theil der Arbeitgeber.

(Schluß folgt.)

Die Gewerkevereine und die Politik.

Von J. Dollmann.

Schon wiederholt ist die Deffentlichkeit mit der Sensationsnachricht überrascht worden, daß die Gewerkevereine sich mit politischen Gegenständen befassen, eine politische Partei bilden und sonst noch was treiben. Die Denunzianten (alte und neue Socialdemokraten, Leute vom Schlage Rudolph Meyer's etc.) spielen sich in der Regel als „uneigennütige Freunde“ der Arbeiter auf, um unter dem Deckmantel der Liebe möglichst viel ungereimtes und unsinniges Zeug über die Gewerkevereine an den Tag zu bringen.

Unsere Mitglieder wissen nun meist, daß wir keine hohe Politik treiben und wir könnten füglich die Denunziationen der Gegner, welche sich weidlich über die Ausbreitung der Gewerkevereine ärgern, unberücksichtigt lassen. In Anbetracht des Umstandes aber, daß viel-

leicht auch so manches Mitglied die Grenze zwischen politischem und socialen Gebiet nicht leicht finden kann, werden folgende Mittheilungen nicht überflüssig sein.

Es ist richtig, daß die Grenze zwischen beiden Gebieten sehr unbestimmt und unklar ist und deshalb oft schwer erkannt werden wird, was noch zum politischen, was zum socialen Gebiet gehört. Eine ganze Anzahl Fragen existiren, welche der Eine als rein sociale, der Andere als politische bezeichnen wird; das Richtige liegt in der Regel in der Mitte.

Die ganze Fabrikgesetzgebung, das Haftpflichtgesetz, die Abänderungen der Gewerbeordnung, das Hülfskassengesetz u. a. m. sind nach meiner Ansicht hauptsächlich und in ihrer Wirkung socialer Natur; die politische Seite kommt nur bei dem Erlaß und der Ausführung seitens der Organe des Staates in Betracht. Fragen dagegen, wie Brau- und Börsensteuer, Strafgesetznovelle, Unterrichts-gesetz u. s. w. dürften, trotzdem sie den Arbeiter direkt berühren, eher noch als politische anerkannt werden. Diesem Strette hat ein Obertribunalsbeschluss vom Dezember v. J. insofern ein Ende gemacht, als nach demselben die Erörterung der „socialen Frage“ und der „Lohnfrage“ im Allgemeinen in der Natur eines Vereins letzterem den Stempel politischer Natur ausdrückt. Dieser Beschluss ist später wohl noch dahin ergänzt worden, daß die Erörterung einer Einrichtung des Staates resp. die Aenderung solcher Staatseinrichtungen, also auch der Gesetze, in das Bereich der Politik gehören. Es ist hier nicht am Platze, den Beschluss des Obertribunals zu kritisiren, nur sei erwähnt, daß derselbe die Arbeiter und deren Freunde wie ein Blitz aus heiterm Himmel traf.

Jedenfalls ist hiermit ein Umstand geschaffen, welcher den Gerichten und der Polizei eine gute Waffe in die Hand giebt. Hiernach haben unsere Mitglieder darauf zu achten, (falls sie sich nicht der Gefahr aussetzen wollen, wegen eines Verstoßes gegen das Vereinsgesetz belangt zu werden), wenn sie in der guten Meinung sind, eine rein sociale und gewerbliche Angelegenheit zu behandeln, sich dabei auf das allgemeine Interesse zu beschränken und dadurch das Ohr eines aufmerksamen Polizisten beleidigen. Es ist deshalb angezeigt, in den Vereinen möglichst die eigenen socialen Verhältnisse und die speziell vorliegenden Lohnfragen zu discutiren, über die sociale Frage und die Lohnfrage im Allgemeinen aber zu Hause nachzudenken. Thatsächlich muß konstatiert werden, daß im großen Ganzen diese hier angezogenen Fragen sehr selten in den Vereinen behandelt worden sind. Die speziellen örtlichen oder Berufsverhältnisse sollen dagegen unser wirkliches Feld sein, auf dem wir gearbeitet und weiter arbeiten wollen und können.

(Schluß folgt.)

Zum Konflikt der Glasmacher in Charlottenburg

wird uns geschrieben:

Ueber den Konflikt der Glasmacher der Albertinenhütte zu Charlottenburg mit der Direction laufen verschiedene Berichte durch die Blätter, welche je nach dem Standpunkt derselben mit Reflexionen versehen sind und woraus namentlich die socialistischen Blätter Kapital zu schlagen suchen. Thatsache ist, daß der Besitzer Hr. Dr. Frank, nachdem er davon Kenntniß erhalten, daß sich die Glasmacher dem socialistischen „Glaskünstlerbunde“ angeschlossen, und nachdem die Unzufriedenheit mit manchen (faulen) Verhältnissen offen wurde, an die Glasmacher das Verlangen stellte, aus diesem Bunde auszutreten. Hierbei spielt ein Schriftstück, welches von dem Vororte Dresden an

Dr. Frank abgesandt worden, die Hauptrolle. Der Bessler erklärt, daß er erst auf diesen Brief, welcher Drohungen enthalte, das blinde Verlangen gestellt resp. einen Revers vorgelegt habe. Die Centralstelle Dresden, d. h. der Schreiber des Briefes, Horn, dagegen behauptet, es sei vorher an und durch den Bevollmächtigten das Verlangen gestellt worden, auszutreten, worauf er einen Brief abgesandt, der den Zweck des Bundes auseinandersetze und der keine Drohungen enthalte habe. Der Bessler ließ, als die Mitglieder sich weigerten auszutreten, sofort die Defen ausbleiben und die Aussperrung war fertig. Dieselbe hat jedoch nur kurze Zeit gedauert, indem ein Theil bald wieder die Arbeit aufnahm, ein anderer Theil in 14 Tagen und 3 Wochen, so daß jetzt nur noch eine oder zwei Personen außer Arbeit sind.

Es mag sein, daß diese Bewegung der Glasmacher vielleicht etwas künstlich aufgeschraubt war, denn der Bevollmächtigte hat früher in Dresden gearbeitet; das Verfahren der Direktion würde jedoch, wenn es sich bestätigt, daß der Revers das Koalitionsrecht (Vereinigungsrecht) Musorisch macht, durchaus nicht zu billigen sein. Der Revers soll lauten: Wir unterzeichneten Glasmacher verpflichten uns laut Unterschrift, bis 1. April aus dem Bunde zu treten und weder dieser noch sonst einer Verbindung anzugehören; im Unterlassungsfalle steht der Verwaltung das Recht zu, Jeden, der nicht austritt, sofort zu entlassen und der Betreffende hat sofort mit seinen Angehörigen die Wohnung zu räumen u. s. w. Dem entgegen steht eine private Aeußerung des Besitzers, daß er nichts dagegen habe, wenn die Leute einer anderen Vereinigung angehörten, nur einer solchen nicht, welche prinzipiell die Spitze gegen ihn lehre.

Socialpolitischer Wochenkalender.

Montag, 27. März, Berlin. Das preussische Staatsministerium hat in seiner gestrigen Sitzung das Hülfstassengesetz nach den Beschlüssen des Reichstags angenommen. Die Bestätigung und Publikation des Gesetzes durch den Bundesrath ist alle Tage zu erwarten.

Dienstag, 28. März. In der Montags-Sitzung des Abgeordnetenhauses gab Finanzminister Camphausen eine Uebersicht der Staatshaushalts-Verwaltung für 1878, nach welcher ein disponibler Ueberschuß von 16,793,121 M. bleibt, ein Resultat, welches der Minister in Anbetracht der Zeitumstände als ein sehr günstiges bezeichnete.

Altona, 28. März. Der socialdemokratische Reichstagsabgeordnete Wahlreich ist wegen Beleidigung des Fürsten Bismarck zu 2 Monaten Gefängniß verurtheilt worden.

Mittwoch, 29. März. Berlin. Die mit Spannung erwartete große Diskussion über den Bericht der Eisenbahn-Untersuchungs-Kommission hat endlich in der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses stattgefunden, wird aber, wie vorausgesehen war, den Erwartungen derer wenig entsprechen haben, welche auf Enthüllungen à la Slogau rechneten. In sehr sachgemäßer und würdiger Weise behandelten sowohl das konservative als das liberale Mitglied der Untersuchungskommission, die Abg. v. Köller und Vasser die Angelegenheit.

Der Berliner Magistrat hat sich bei Beratung der Städteordnung unter Voraussetzung, daß das Bürgerrecht von dreijährigem Aufenthalt abh. zlg gemacht werde und die Steuersumme 12 M. betrage, für allgemein es, gleiches, direktes Wahlrecht bei den Stadtverordnetenwahlen einstimmig ausgesprochen.

Petersburg, 29. März. Die Sensationnachricht der „Augsb. Allg. Ztg.“, nach welcher Kaiser Alexander von Rußland die Absicht haben soll, sich von den Staatsgeschäften zurückzuziehen und die Regentschaft seinem Sohne zu übertragen, wird als unbegründet bezeichnet.

Donnerstag, 30. März. Württemberg. In der Ständekammer erklärt Minister Mittnacht, daß Württemberg für den Anlauf deutscher oder preussischer Bahnen durch das Reich aus politischen, finanziellen und volkswirtschaftlichen Gründen seine Stimme nicht abgeben könne. — Die Kleinstaaten wollen nun einmal von dem Bismarck'schen Reichseisenbahn-Projekt nichts wissen.

Dresden. Der Redakteur des (socialdemokratischen) Bollschoten, Max Köpfer, ist nach Verbüßung einer Gefängnißstrafe wegen politischer Vergehen ausgewiesen worden. Die Presse verurtheilt mit Recht diesen Akt des Systems politischer Maßregelung auf das allerentschiedenste.

Freitag, 31. März. Berlin. Der Staatsanwalt Lessendorff erläßt folgende Bekanntmachung: Durch Beschlüsse der Kammer des hiesigen Kgl. Stadtgerichts vom 8. u. 28. d. M. sind auf meinen Antrag die hiesige Mitgliedschaft des unter dem Namen „Socialistische Arbeiterpartei Deutschlands“ mit dem Sitz des Vorstandes und des Ausschusses zu Hamburg bestehenden Vereins, sowie der letztere Verein selbst, soweit er sich auf

Länder im Geltungsbereich des preussischen Vereinsgesetzes vom 11. März 1860 erstreckt, wegen Fumderhandels gegen die §§ 8 und 16 dieses Gesetzes vorläufig geschlossen worden. Demgemäß ist die fernere Theilnahme an diesen Vereinen, insbesondere auch das Zahlen der Beiträge für den Umfang des preussischen Staatsgebietes bis auf Weiteres verboten. Die Uebertretung dieses Verbotes ist im § 16 cit. mit Geldstrafe von 15 bis 150 M. oder mit Gefängniß von acht Tagen bis zu drei Monaten bedroht.

Washington, Sonnab., 1. April. Nach einer dem Staatssekretär Fish zugegangenen Meldung hat in Mexiko der Rufstand größere Dimensionen angenommen und sich fast über alle Staaten verbreitet.

Paris, Sonntag, 2. April. Die Aufhebung des Votischerpostens beim Papste wurde in der Weise vorgeschlagen, daß der Abgeordnete Traid in der Kammer den Antrag brachte, den Gehalt von 100,000 Fres. für den französischen Botschafter beim Vatikan zu streichen.

München, Montag, 3. April. Wie die „Münchener Presse“ mittheilt, hat der früher viel genannte socialdemokratische Agitator Lientig, nachdem er zu einer dreimonatlichen Gefängnißstrafe verurtheilt wurde, die Ueberzeugung gewonnen, daß mit der ganzen socialdemokratischen Bewegung, wie sie bis jetzt geführt wurde, „leeres Stroh gedroschen ist“, und deshalb für gut befunden, seine Thätigkeit für die socialdemokratische Sache aufzugeben. — In Fürth ist ein Schusterstrik ausgebrochen.

Berlin, Dienstag, 4. April. Aus der Provinz Posen sind Nachrichten hierher gelangt, denen zufolge dortige Arbeiter für Rheinland, Süddeutschland etc. unter den verlockendsten Bedingungen geworben werden, welche letztere sich dann nicht erfüllen, während die Werbeagenten die von ihnen gemachten Versprechungen von kostenfreier Rückkehr für den Fall, daß den Arbeitern die neue Heimath nicht gefiele, in keiner Weise erfüllen. Die alte Geschichte, die in der That ewig neu bleibt. Gegen derartige Verlockungen läßt sich gar nichts weiter thun, als warnen und abrafen, und es könnte nichts Besseres geschehen, als die Berichte aller Gesandten und Verlockten einfach bekannt zu machen und diese Kundgebungen auf dem Lande zu verbreiten.

Bemerktes.

Neues aus Amerika. Das non plus ultra der Erfindungen hat Fräulein Elise M. Arnold geleistet: dieselbe läßt sich einen Sonnenschirmhalter patentiren, der folgendermaßen konstruirt ist: zwei Metallringe, ähnlich denen, deren man sich früher bediente, um schwere Verbredner an die Wand zu schmeiden, werden der Dame, welche beim Spaziergehen die Hände frei haben und doch nicht von der Sonne beschienen sein will, um beide Oberarme gelegt. An diesen Ringen sind Stäbe befestigt, die sich unmittelbar hinter dem Nacken der Dame zu einem Joche vereinigen; in der Mitte des Joches sitzt eine Spiralfeder und in dieser steckt der Griff des Sonnenschirmes, welcher letzterer dann grazils über dem Schignon der betreffenden Schönen schwebt. Die Dame kann dann noch in der einen Hand den Fächer und in der andern die Seine halten, an welcher sie ihren Mops führt. Hat sie einen einigermäßen der jetzigen Mode entsprechenden Cut umgestaltelt, so steht das ganze aus wie das heilige Kamel mit dem Baldachin. Stammt die Erfindung nicht von einer Dame, so könnte man annehmen, ein über die heutige Mode aufgebrachter Chemann habe das Geld für die Patenttaxe drangewandt, um seine puhlische Frau zu verführen. — Ein Fräulein Elisabeth Waldon hat 5 Patente auf ebenjoviel Panzer zur Vervollständigung der Toilette unserer Modedamen genommen; und schaudert, wenn wir daran denken, daß ein Frauenzimmer dies alles umschnallen soll; würde man ein Blech in der Art einschneiden, so bekäme man Strafe wegen raffinirter Ehierquälerei. — Eine neue Steinsäge mit Diamantspitzen wurde von Young und Hubert in New-York erfunden.

Vereinsangelegenheiten.

§ Charlottenburg. (Protokollauszug aus der am Montag den 6. März abgehaltenen Ortsversammlung der Porzellanarbeiter.) Die Versammlung wurde um 8 1/2 Uhr vom Vorsitzenden eröffnet, das Protokoll der vorigen Versammlung verlesen und genehmigt. Dann folgte die Verlesung der 3. Botschaft des Anwalts. Da sich kein Widerspruch erhob, wurde abgestimmt und einstimmig dem Generalrath zur Abänderung der Statuten die Vollmacht erteilt. Ferner beschäftigte sich die Versammlung mit der Frage der Agitation; da jetzt gerade die günstigste Zeit dazu sei, indem durch das neue Hülfstassengesetz neue Mitglieder herangezogen würden. Es sollen zu diesem Zweck außerordentliche Versammlungen stattfinden und das erforderliche Geld durch freiwillige Beiträge aufgebracht werden. Die Vers. erklärte sich mit diesen Ausführungen einverstanden und veranstaltete am Schluß der Versammlung eine Sammlung, welche 3 M. ergab.

Als 3. Punkt folgte die Besprechung über Schiedsgerichte. Nach einem bezüglichen Referat sprachen sich die Redner für Errichtung von Schiedsgerichten aus und kam man dahin überein, zwei Mitglieder beaufz. Ausarbeit-

ung der Statuten zu wählen; die Wahl fiel auf die Herren Volgt und Bolduan.

Ferner wurde noch die Frage betrefz der Abhaltung der diesjährigen Generalversammlung erörtert. Es sprachen sich einige Mitglieder dafür aus, die Generalversammlung auswärts tagen zu lassen, damit das Vorurtheil, welches vielleicht in den Provinzen gegen den Generalrath zu Berlin herrscht, dadurch geklärt und gehoben würde; ein Mitglied erklärte sich des Kostenpunktes wegen dagegen. Die Abstimmung ergab folgendes Resultat: Rudolstadt 8 St. für, 2 gegen; Altwasser keine; Mithaldensleben 2 St. für, 9 gegen; Berlin 1 St. für, 10 gegen; mithin hat Rudolstadt die meisten St. erhalten. Endlich wurde noch über einen Antrag, die Agitation betr., diskutiert und beschlossen, daß nach Publikation des neuen Hülfstassengesetzes eine außerordentliche Versammlung einberufen werden solle. Nachdem noch vom Revisor der Wunsch ausgesprochen war, daß die Ausschüßstungen und Ortsversammlungen pünktlicher eröffnet würden und dieser Wunsch von der Versammlung bekräftigt worden, erfolgte Schluß der Sitzung. H. Volgt, Sectr.

§ Rudolstadt. (Protokollauszüge.) Generalversammlung vom 6. März d. J. Der Vorsitzende eröffnet die Versammlung. Anwesend waren 34 Mitglieder. Nach Eingablung schreitet der Vorsitzende zu Punkt II, betr. die Botschaft des Anwalts. Nach Verlesung derselben wird zur Abstimmung geschritten. Das Resultat ergibt ein einstimmiges „Ja“.

(Generalversammlung vom 19. März d. J.) Der Vorsitzende eröffnet die Versammlung. Die anwesende Mitgliederzahl beläuft sich auf 33. Trotz besonderer Aufforderung zu heutiger Versammlung, möglichst insgesammt zu erscheinen, kann man doch zufolge der bösen Witterung nicht verargen, daß die Zahl der Anwesenden keine größere ist; was Vollstadt und Scheele anbetrifft, so muß man sagen, daß das Wetter das Erscheinen der betreffenden Mitglieder fast unmöglich machte. Die Versammlung verhandelt zunächst die Frage über den Ort, wo unsere diesjährige Generalversammlung abgehalten werden soll. Der Vorsitzende verliest alle den Punkt betreffenden Artikel aus den Nummern 8—11 der „Amelise“, und erläutert dann den Vortheil eines geeigneten Feldes in Thüringen; doch wurde das Mithaldensleben hervorgehoben, das eine Abstimmung unsererseits zu Gunsten Rudolstadt's bei andern auswärtigen Vereinen, als sich selbst die Ehre gebend, zur Folge haben könne. Dagegen protestirte indeß die Versammlung, da unbedingl. die Nothwendigkeit drängt, für Rudolstadt zu stimmen. Wem sich die Zahl der Fächer in Thüringen auf 34 bezieht, und nur in 4 sich Ortsvereine befinden. Es drängt hierbei Bemerktes unbedingt die Gründe der Bescheidenheit, sich nicht in den Vordergrund zu rängen, zurück, und wird sofort zur Abstimmung geschritten. Sämmtliche Stimmen, an Zahl 33, stellen für Rudolstadt. I. H. Lorenz, Sectr.

§ Rudolstadt. In Gegenwart unserer Verbandsgenossen vom Ortsverein Kahla feierte Sonntag d. 12. März der Ortsverein Rudolstadt sein 6. Stiftungsfest. Die Einleitung desselben bildete ein von einem unserer Mitglieder verfaßter Prolog. Darauf sprach der Vorsitzende über den Zweck derselben, erwähnte ehrend des Almalts Herrn Dr. Max Firsch und des Mitbegründers der Gewerker-eine Herrn Franz Dunder, und schloß sodann seine Rede mit einem Hoch auf die Gewerkervereine und deren Führer. Das darauffolgende Theater konnte in Folge vorge-rückter Zeit nicht programmäßig durchgeführt werden, doch war die Ausführung eine gelungene zu nennen. Auch während des darauffolgenden Balles wurden verschiedene Reden gehalten, an denen sich die Genossen aus Kahla gleichfalls mittheilten. Unter Fabel und heiterer Laune verging der Abend und manches Glas wurde auf das Wohl des Vereins und deren Glieder getrunken. Mit dem Wunsche, bald wieder einen so frohen Abend in Gemeinschaft zu erleben, ging man auseinander. Lorenz, Sectr.

Quittung über eingegangene Beträge im März 1876. Flörsheim M. 25,43, do. Wenzel 1,15, Korte, Kolditz 4,45, Boehm, Post-Ab. 2,88. Summa M. 33,91. Bey, Schatzmeister.

Generalrathssitzung Sonnabend den 8. April, Ab. 8 Uhr, Thurmstr. 42 bei Wittig. Tagesordnung: Eingegangene Korrespondenzen. Resultat der allgemeinen Mitgliederabstimmung. Antrag Mithaldensleben. Antrag des Gen.-Sectr., Statutenergänzung betr. G. Lenz I., Vors., Fr. Weiß, Gen.-Sectr.

Moabit. Ausschüßstung Dienstag den 11. April, Ab. 8 Uhr, im Wittig'schen Locale, Thurmstr. W. Danthof, Sectr.

Arbeitsmarkt. Wir suchen einen tüchtigen Formen-Gießer, welcher auch im Stande ist, ein gutes Modell nach gegebener Zeichnung zu drehen. Lohn nach Uebereinkunft. Meldungen erbitten an unsere Adresse. Gehr. Opdenhoff, Porzellan-Manufaktur, [1.05] Berlin-Moabit, Werftstr. 3.